

Protokoll 217. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 26. März 2014, 17.00 Uhr bis 19.55 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Monika Erfigen (SVP), Dr. Gustav Hintsch (SP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/64](#) * Weisung vom 12.03.2014: PV
Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB), VGU
Etablierung der Einrichtung mittels gesetzlicher Grundlage
3. [2014/65](#) * Weisung vom 12.03.2014: VGU
Pflegezentren der Stadt Zürich, neue Verordnung Pflegezentren
der Stadt Zürich
4. [2014/66](#) * Weisung vom 12.03.2014: VGU
Alterszentren Stadt Zürich, neue Verordnung Alterszentren Stadt
Zürich
5. [2014/67](#) * Weisung vom 12.03.2014: FV
Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung, VHB
Neubau Alterszentrum Zürich-Nord und Wohnsiedlung Eichrain, VGU
Quartier Seebach, Projektierungskredit
6. [2014/69](#) * Postulat von Duri Beer (SP), Peider Filli (Grüne) und 26 Mitun- FV
E terzeichnenden vom 12.03.2014:
Revision des Art. 16 der Ausführungsbestimmungen zum städti-
schen Personalrecht (AB PR) betreffend der städtischen Perso-
nalvermittlung als Folge von Reorganisationen und aus gesund-
heitlichen Gründen
7. [2014/71](#) * Postulat der GLP-Fraktion vom 12.03.2014: VHB
E Beschlüsse über städtische Bauprojekte, Koordination der ver-
schiedenen Phasen der Bauvorhaben mit der Terminplanung für
die Entscheidungen des Gemeinderats

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| 8. | 2014/51 | | Weisung vom 26.02.2014:
Finanzdepartement, Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD), Anpassung | FV |
| 9. | 2013/360 | | Weisung vom 30.10.2013:
Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP betreffend Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie, Bericht und Abschreibung | VTE |
| 10. | 2014/70 | E | Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 12.03.2014:
Umgestaltung der Lintheschergasse zwischen Bahnhofplatz und Schweizergasse als attraktive Verbindung für Fussgängerinnen und Fussgänger | VTE |
| 11. | 2013/316 | E/A | Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion sowie 1 Mitunterzeichnenden vom 11.09.2013:
Umsetzung der Städte-Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs, Erarbeitung eines Planungsinstruments zur Förderung des Fussverkehrs | VTE |
| 12. | 2013/357 | A | Postulat von Dr. Marcel Schönbächler (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 23.10.2013:
Schaffung einer Kleingewerbezone durch eine Überdeckung des Seebahngrabens zwischen der Hohl- und der Kanzleistrasse | VTE |
| 13. | 2013/392 | E/A | Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13.11.2013:
Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers | VTE |
| 14. | 2013/414 | E/A | Motion der FDP- und CVP-Fraktion vom 27.11.2013:
Aufwertung des Raums Lindenplatz-Altstetterstrasse-Bahnhof Altstetten unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn | VTE |
| 15. | 2014/21 | E/T | Postulat von Linda Bär (SP) und Michael Kraft (SP) vom 22.01.2014:
Parkanlage Platzspitz, durchgehende Öffnung des Parks | VTE |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

4826. 2014/85 Ratsmitglied Margrit Haller (SVP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Margrit Haller (SVP 9) auf den 26. März 2014 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

Mauro Tuena (SVP) beantragt namens der SVP-Fraktion die Absetzung des Geschäfts TOP 8 «Finanzdepartement, Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD), Anpassung» von der heutigen Tagliste.

Der Rat stimmt dem Antrag von Mauro Tuena (SVP) mit 117 gegen 0 Stimmen zu.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4827. 2014/94

Erklärung der AL-Fraktion vom 26.03.2014:

Verstösse der Vertragspartnerin für die Strassen- und Parkreinigung gegen den Verhaltenskodex der Stadt

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Vertragspartner verstösst gegen Verhaltenskodex. ERZ schaut weg

Am 3. Juli 2013 haben Alexander Jäger und Kyriakos Papageorgiou in einer schriftlichen Anfrage auf gravierende arbeitsrechtliche Missstände bei der seit Frühling 2013 für die Stadtreinigung Aufträge ausführenden „b.i.g. sicherheit und services ag“ hingewiesen. Der Stadtrat hat sich vier statt drei Monate Zeit gelassen mit der Antwort. Am 6. November teilte er mit, dass bei b.i.g. alles in Ordnung sei.

Am 14. Dezember 2013 hat Walter Angst in der Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass bei b.i.g. von der paritätischen Kommission für das Reinigungsgewerbe eine Lohnkontrolle durchgeführt worden ist. Es seien Unregelmässigkeiten festgestellt worden, weshalb die Mittel für diesen Auftrag zu kürzen seien. Ruth Genner antwortete gemäss substantiellem Protokoll: „Wir akzeptieren kein Lohndumping, es liegt aber noch nichts Konkretes vor. Wir können erst reagieren, wenn wir etwas in der Hand haben“. Der Rat lehnte die beantragte Budgetkürzung ab.

Am 22. Januar 2014 reichten Kyriakos Papageorgiou und Walter Angst eine dringliche schriftliche Anfrage nach. Sie forderten den Stadtrat auf, die Ergebnisse der bei der b.i.g. durchgeführten Lohnkontrolle zu beschaffen und mitzuteilen, welche Konsequenzen man aus den Ergebnissen ziehe.

Am 20. März gibt der Stadtrat nun endlich zu, dass die für die Stadtreinigung arbeitende b.i.g.

- von der paritätischen Kommission zu Lohnnachzahlungen in vierstelliger Frankenhöhe verpflichtet worden ist
- b.i.g. die individuellen Arbeitsaufzeichnungen nicht gemäss den gesetzlichen Bestimmungen vorgelegt hat und die Firma deshalb mit einer Konventionalstrafe gebüsst worden ist.

Und was zieht das zuständige Departement für Konsequenzen? Das ERZ fordert seinen Vertragspartner auf, bei der Paritätischen Kommission eine weitere Lohnbuchkontrolle „für die Periode, in der sie für die Stadt Zürich Aufträge ausführt, durchführen zu lassen“. Je nach Ergebnis dieser Prüfung, werde zu entscheiden sein, „ob und welche Massnahmen zu ergreifen sind.“

Auch uns ist bekannt, dass die Lohnbuchkontrolle bei b.i.g. für den den Zeitraum vom 1. Mai 2011 bis am 31. Januar 2013 durchgeführt worden ist – also vor Beginn der Auftragsarbeiten für ERZ. Auch wir sind der Meinung, dass im Zweifelsfall einem Vertragspartner eine zweite Chance gegeben werden kann.

Wenn aber klar ist, dass sich eine Firma mit von der Branche eindeutig als Dumpingangebot bezeichneten Offerten einen städtischen Auftrag sichert, und feststellt wird, dass diese Firma in gravierender Form gegen arbeitsrechtlichen Bestimmungen verstossen hat, so ist der Auftrag sofort zu kündigen. Unerheblich ist in einem solchen Fall, ob die b.i.g. jetzt noch schnell Ordnung in ihren Laden zu bringen versucht.

Das ist auch der Sinn und Geist des im März 2010 vom Stadtrat verabschiedeten Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen. In diesem ist nirgends die Rede davon, dass der Vertragspartner nur dann mit Sanktionen rechnen muss, wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass er „die geltenden Gesetze und Bestimmungen“ bei der Ausführung des Auftrags für die Stadt Zürich nicht eingehalten hat.

Leider macht der Verhaltenskodex den Dienstabteilungen keine klaren Vorgaben, wie bei Verstössen vorzugehen ist. Diese Lücke nützt ERZ-CEO Pauli schamlos aus, um seinen Dumpingpartner, der die Aufträge der Stadtreinigung vierzig Prozent günstiger als die Vorgänger angeboten hat, an Bord zu halten.

Der Vorfall macht deutlich, dass der Stadtrat den Verhaltenskodex oder die Ausführungsbestimmungen anpassen muss. Die Schlussbestimmungen des Verhaltenskodex (Folgen bei Nichteinhaltung), sind zu präzisieren. ERZ ist anzuweisen, die Geschäftsbeziehung mit b.i.g. aufzulösen.

G e s c h ä f t e

4828. 2014/64

**Weisung vom 12.03.2014:
Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB), Etablierung der
Einrichtung mittels gesetzlicher Grundlage**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 24. März 2014

4829. 2014/65

**Weisung vom 12.03.2014:
Pflegezentren der Stadt Zürich, neue Verordnung Pflegezentren der Stadt Zürich**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 24. März 2014

4830. 2014/66

**Weisung vom 12.03.2014:
Alterszentren Stadt Zürich, neue Verordnung Alterszentren Stadt Zürich**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 24. März 2014

4831. 2014/67

**Weisung vom 12.03.2014:
Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung, Neubau Alters-
zentrum Zürich-Nord und Wohnsiedlung Eichrain, Quartier Seebach,
Projektierungskredit**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 24. März 2014

4832. 2014/69

**Postulat von Duri Beer (SP), Peider Filli (Grüne) und 26 Mitunterzeichnenden vom
12.03.2014:
Revision des Art. 16 der Ausführungsbestimmungen zum städtischen Personal-
recht (AB PR) betreffend der städtischen Personalvermittlung als Folge von Re-
organisationen und aus gesundheitlichen Gründen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4833. 2014/71**Postulat der GLP-Fraktion vom 12.03.2014:****Beschlüsse über städtische Bauprojekte, Koordination der verschiedenen Phasen der Bauvorhaben mit der Terminplanung für die Entscheidungen des Gemeinderats**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4834. 2013/360**Weisung vom 30.10.2013:****Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP betreffend Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Motion zur Schaffung von zusätzlichem Platz für Zufussgehende, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2011/222, von den Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 2. November 2011 betreffend Schaffung von zusätzlichem Platz für Zufussgehende, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Simone Brander (SP)

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Motion zur Schaffung von zusätzlichem Platz für Zufussgehende, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Simone Brander (SP), Referentin; Marianne Aubert (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Alan David Sangines (SP), Guido Trevisan (GLP)

Minderheit: Präsident Mauro Tuena (SVP), Referent; Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marc Bourgeois (FDP), Kurt Hüsey (SVP), Roland Scheck (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 44 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Simone Brander (SP), Referentin; Marianne Aubert (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Alan David Sangines (SP), Guido Trevisan (GLP)
 Minderheit: Präsident Mauro Tuena (SVP), Referent; Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marc Bourgeois (FDP), Kurt Hüssy (SVP), Roland Scheck (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 44 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Simone Brander (SP), Referentin; Präsident Mauro Tuena (SVP), Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Marc Bourgeois (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Kurt Hüssy (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Guido Trevisan (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 102 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Motion zur Schaffung von zusätzlichem Platz für Zufussgehende, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2011/222, von den Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 2. November 2011 betreffend Schaffung von zusätzlichem Platz für Zufussgehende, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. April 2014

4835. 2014/70

Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 12.03.2014:

Umgestaltung der Lintheschergasse zwischen Bahnhofplatz und Schweizergasse als attraktive Verbindung für Fussgängerinnen und Fussgänger

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4796/2014).

Mauro Tuena (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 68 gegen 51 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4836. 2013/316

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion sowie 1 Mitunterzeichnenden vom 11.09.2013:

Umsetzung der Städte-Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs, Erarbeitung eines Planungsinstruments zur Förderung des Fussverkehrs

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Simone Brander (SP) begründet namens der SP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4241/2013).

Marc Bourgeois (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 25. September 2013 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 62 gegen 59 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4837. 2013/357

Postulat von Dr. Marcel Schönbächler (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 23.10.2013:

Schaffung einer Kleingewerbezone durch eine Überdeckung des Seebahngrabens zwischen der Hohl- und der Kanzleistrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Marcel Schönbächler (CVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4379/2013).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 8 gegen 110 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4838. 2013/392

Motion der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13.11.2013:

Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Alan David Sangines (SP) begründet namens der SP-Fraktion die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 4473/2013).

Albert Leiser (FDP) zieht den namens der FDP-Fraktion am 27. November 2013 gestellten Ablehnungsantrag zurück.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Alecs Recher (AL) beantragt Umwandlung in ein Postulat.

Alan David Sangines (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 91 gegen 25 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4839. 2013/414

**Motion der FDP- und CVP-Fraktion vom 27.11.2013:
Aufwertung des Raums Lindenplatz-Altstetterstrasse-Bahnhof Altstetten unter
Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Albert Leiser (FDP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 4517/2013).

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 8. Januar 2014 gestellten Ablehnungsantrag.

Pascal Lamprecht (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn die Aufwertung des Raums Lindenplatz - Altstetterstrasse - Bahnhof Altstetten bezweckt. Dies unter Berücksichtigung der Passagierströme am Bahnhof Altstetten SBB, an der Station Limmattalbahn und am Lindenplatz. Die geplanten QUARZ Massnahmen (M01, M02, M06, M08, M10) sind auch bei einem neuen Projekt umzusetzen.

Albert Leiser (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Alecs Recher (AL) beantragt Umwandlung in ein Postulat.

Albert Leiser (FDP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die geänderte Motion wird mit 80 gegen 35 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4840. 2014/21**Postulat von Linda Bär (SP) und Michael Kraft (SP) vom 22.01.2014:
Parkanlage Platzspitz, durchgehende Öffnung des Parks**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Linda Bär (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4659/2014).

Mauro Tuena (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. Februar 2014 gestellten Textänderungsantrag.

Michael Kraft (SP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 81 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4841. 2014/95**Motion von Fabienne Vocat (Grüne) vom 26.03.2014:
Einführung von Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen für die
Polizistinnen und Polizisten der Stadt**

Von Fabienne Vocat (Grüne) ist am 26. März 2014 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, mit der Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen wie Supervision, Coaching oder ähnliches für die Polizistinnen und Polizisten der Stadt Zürich eingeführt werden kann.

Begründung:

Polizistinnen und Polizisten werden bespuckt, beschimpft, bedroht, angeschrien, sexuell belästigt und angegriffen und müssen mit extremen Situationen sozialen Leids umgehen. Wie sie damit umgehen, ist in der Stadt Zürich jeder Polizistin und jedem Polizisten selbst überlassen. Der Führungsebene der Stadtpolizei ist dieses Problem bewusst. Aus dem Konzept „Sicherheit 2020“: „Zu den äusserlichen Belastungen denen die Mitarbeitenden ausgesetzt sind (Respektlosigkeit, Gewalttätigkeit, schwieriges Arbeitsumfeld, kurzfristige Aufgebote an Wochenenden), gesellen sich innerliche Belastungen (familiärer Druck, Arbeitsunzufriedenheit, Ausbrennen, Fluktuation usw.). Diese Situation kann die Stadtpolizei im Rahmen ihrer Personalpolitik als fürsorgliche Arbeitgeberin nicht mehr länger tragen.“ Zusätzliche Stellen zum Abbau der Überzeit sind sicher sinnvoll, doch wird damit der ausserordentlichen Belastung der Polizistinnen und Polizisten innerhalb der regulären Arbeitszeit nicht begegnet.

1. Es mutet zynisch an, dass für bestimmte Polizeifunktionen mit „Ausbrennzeiten“ von wenigen Jahren gerechnet werden muss.
2. Für Sozialarbeitende und Psychologen/-innen ist Supervision oder Coaching selbstverständlich. Sie können darin den Umgang mit schwierigen Klienten/-innen und die Erfahrung von extremem Leid verarbeiten, Strategien entwickeln und die Qualität ihrer Arbeit verbessern sowie destruktive Gefühle wie Wut und Frustration verhindern. Wieso ausgerechnet der am meisten belasteten Berufsgruppe unserer Gesellschaft keine Unterstützung zugestanden wird, ist nicht nachvollziehbar.
3. Die Führung der Stadtpolizei rät den Polizistinnen und Polizisten, mit Berufskollegen/-innen über ihre Erfahrungen zu reden, sich auszutauschen und möglichst viel Freizeit miteinander zu verbringen. Das ist falsch und gefährlich. Damit wird ausgerechnet bei der Berufsgruppe mit dem Gewaltmonopol ein gefährliches Phänomen der Orientierung nach innen und Abschottung nach aussen gefördert. Die Geschichte beweist, dass solche Prozesse zu verheerenden Resultaten führen können.

4. Abgesehen davon ist es für die Arbeit der Polizei enorm wichtig, dass Polizistinnen und Polizisten sich in der ausserpolizeilichen Welt bewegen und kommunizieren können. Sie müssen fähig bleiben zu realisieren – obwohl sie tagtäglich das Gegenteil erleben – dass es NICHT in Ordnung ist, wenn sie bespuckt, beschimpft, bedroht, angeschrien, sexuell belästigt und angegriffen werden. Nur so können sie weiterhin ihre Empathie bewahren und ihre Arbeit professionell ausführen.

Mitteilung an den Stadtrat

4842. 2014/96

Postulat von Eva-Maria Würth (SP), Karin Weyermann (CVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 26.03.2014:

Bahnhof Tiefenbrunnen, Verbesserung der Umgebung, der Zugänglichkeit, der Aufenthaltsqualität sowie des Quartiernutzens

Von Eva-Maria Würth (SP), Karin Weyermann (CVP) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 26. März 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Umgebung, Zugänglichkeit sowie die Aufenthaltsqualität und der Quartiernutzen rund um den Bahnhof Tiefenbrunnen verbessert werden kann.

Insbesondere soll die Zugänglichkeit vom Quartier zum Bahnhof mit der geplanten SBB-Überbauung sowie zum See unter Einbezug der Personenunterführung behindertengerecht ausgestaltet werden bzw. überhaupt ermöglicht werden.

Begründung:

Rund um den Bahnhof Tiefenbrunnen zeichnen sich in den nächsten Jahren städteplanerisch einige Veränderungen ab (z.B. seeseitige Marina-Planung oder SBB-Neubau). Es soll eine Vision resp. Haltung entwickelt werden, was dieser Ort zukünftig erfüllen soll. Dessen Wichtigkeit muss hervorgehoben werden, auch unter ästhetischen Gesichtspunkten: so stellt der Tiefenbrunnen ein Tor zur Stadt dar und nimmt mit seiner Seenähe eine spezielle Funktion ein.

Das Umfeld soll im Planungsprozess gesamthaft miteinbezogen werden. Die Zugänglichkeit, die Aufenthaltsqualität, die Verkehrssituation und die Nutzungsstruktur sollen dabei gleichermaßen berücksichtigt werden.

Ein besonderes Augenmerk soll auf die Schnittstelle Bahnhof gelegt werden mit öV (Bahn- sowie Busverkehr) und Individualverkehr (Fussgänger, Velofahrer, Parkierung).

Mit diesem Postulat soll sichergestellt werden, dass die Anliegen der El Tiefenbrunnen (Weisung W 2012/125) in die Planung einfließen, insbesondere die für ungültig erklärten Aspekte, nämlich dass die Planung in Koordination mit der seeseitig geplanten Nutzungsintensivierung erfolgen soll.

Anlässlich der Beratung in der Kommission wurde erklärt, dass die im Rahmen der geplanten SBB-Überbauung vorgesehenen Einkaufsmöglichkeiten primär der Quartiersversorgung dienen sollen. Deswegen ist es notwendig, dass der Ausbau der Personenunterführung zeitig in Angriff genommen wird.

Mitteilung an den Stadtrat

4843. 2014/97

Postulat der FDP- und GLP-Fraktion vom 26.03.2014:

Wohnsiedlung Paradies, Verzicht auf eine Subventionierung aus den Mitteln des letzten Wohnbaukredits

Von der FDP- und GLP-Fraktion ist am 26. März 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwiefern bei der Wohnsiedlung Paradies, Wollishofen, nach ihrer Erneuerung und der Wohnungszusammenlegung auf eine Subventionierung aus den Mitteln des letzten Wohnbaukredits verzichtet werden kann.

Begründung:

Mit der Weisung GR-Nr. 2014/30 hat der Stadtrat dem Gemeinderat einen Objektkredit für eine Wohnungs-

zusammenlegung im Rahmen der ordentlichen Erneuerung der kommunalen Wohnsiedlung Paradies, Wollishofen, beantragt. Wie die Beratung dieses Geschäfts ergeben hat, resultieren nach der Wohnungszusammenlegung und der Instandsetzung der Wohnsiedlung äusserst moderate Mietzinse. Insofern ist es fraglich, ob diese Mietzinse zusätzlich subventioniert werden sollen. Ziel der Wohnbauförderung ist es, einer möglichst breiten Masse von Bürgern günstigen Wohnraum zu vermitteln. Die Subventionierung von bereits tiefen Wohnungsmieten scheint hier nicht zielführend. Vielmehr sollten die vorhandenen Mittel für die Subventionierung von teureren Wohnungen benutzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4844. 2014/98

Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP) vom 26.03.2014: Sechseläutenplatz, Nutzung für politische Veranstaltungen

Von Dr. Urs Egger (FDP) ist am 26. März 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Bisher galt die Praxis seitens Stadtrat, dass der Sechseläutenplatz nicht für politische Veranstaltungen freigegeben wird. Nun hat der Stadtrat seine Praxis geändert und erlaubt die Schlussmanifestation des 1. Mai Umzuges auf dem Platz. Diese Praxisänderung wirft etliche Fragen auf.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie definiert der Stadtrat eine politische Veranstaltung in der Stadt Zürich ?
2. Hat der Stadtrat eine Strategie entwickelt, wo in Zukunft in der Stadt Zürich politische Veranstaltungen in erster Linie durchgeführt werden ? Falls eine solche Strategie besteht, welche Rolle spielt der Sechseläutenplatz darin ?
3. Der Stadtrat hat eine Obergrenze der Nutzung des Sechseläutenplatzes festgelegt. Liegt die Bewilligung der 1. Mai Veranstaltung 2014 noch im Rahmen der Obergrenze ? Falls ja: Wie viele freie Tage sind zur Zeit noch verfügbar ? Falls nein: auf welcher Grundlage erfolgte der Entscheid, die Obergrenze auszuweiten ?
4. Welche andern Anlässe mit politischem Charakter, die ebenfalls einen Antrag zur Nutzung des Sechseläutenplatzes stellten, wurden 2013 und 2014 mit welcher Begründung abgelehnt ?
5. Wie viele politische Veranstaltungen sollen in Zukunft auf dem Sechseläutenplatz pro Jahr bewilligt werden ?
6. Sind die Organisatoren der 1. Mai Veranstaltung für die allenfalls entstehenden Schäden am teuren Belag des Sechseläutenplatzes verantwortlich ? Wer kommt für die Reinigung des Platzes im Anschluss an die Veranstaltung auf ? Wurden die Veranstalter verpflichtet, allfällige Schäden an privaten Liegenschaften in der Umgebung des Sechseläutenplatzes zu übernehmen ? Falls nein, warum nicht ?
7. Wie beurteilt der Stadtrat die Sicherheitslage im Zusammenhang mit der 1. Mai Veranstaltung auf dem Sechseläutenplatz 2014 ?
8. Werden aufgrund der örtliche Verhältnisse mit vielen Glasfassaden um den Sechseläutenplatz und dem historisch wichtigen Opernhaus spezielle Sicherheitsvorkehrungen getroffen? Sind im Vergleich zu den letzten 5 Jahre 2014 mehr Polizisten aufgeboden ?
9. Wenn vermehrt politische Veranstaltungen auf dem Sechseläutenplatz bewilligt werden, wird es zu mehr Störungen des öffentlichen und privaten Verkehrs um den Bellevueplatz kommen. Welche Massnahmen sind vorgesehen, um diese Auswirkungen möglichst gering zu halten ? Ist die Auswirkung auf den Verkehr an diesem Verkehrsknotenpunkt ein entscheidendes Kriterium für die Bewilligung einer Veranstaltung ?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n**4845. 2014/24**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Walter Angst (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 22.01.2014:
Verstöße der Vertragspartnerin für die Strassen- und Parkreinigung gegen den Verhaltenskodex der Stadt, Hintergründe und mögliche Massnahmen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 193 vom 12. März 2014).

4846. 2013/312

**Weisung vom 11.09.2013:
Immobilien-Bewirtschaftung, Pavillon des Verwaltungszentrums Werd, Instandsetzung und Einbau von Jurierungsräumen, Objektkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Februar 2014 ist am 14. März 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. April 2014.

4847. 2013/376

**Weisung vom 06.11.2013:
Stadtkanzlei, Reduktion der Anzahl Wahlbüromitglieder**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Februar 2014 ist am 14. März 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. April 2014.

Nächste Sitzung: 2. April 2014, 17 Uhr.